



An die
Mitglieder der Koalitionsfraktionen

Olaf Scholz

Bundesminister
Mitglied des Deutschen Bundestages

HAUSANSCHRIFT Wilhelmstraße 49, 10117 Berlin
POSTANSCHRIFT 11017 Berlin

TEL +49 30 18 527-2323
FAX +49 30 18 527-2328
E-MAIL olaf.scholz@bmas.bund.de

Berlin, 26. Mai 2009

Kurzarbeitergeld plus

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

unter dem Motto „Kurzarbeit statt Kündigung – Qualifizieren statt Entlassen“ haben wir seit Beginn der Wirtschaftskrise Veränderungen beim Kurzarbeitergeld und bei der Weiterbildungsförderung vorgenommen, die es den Unternehmen ermöglichen sollen, trotz der Krise an den Beschäftigten festzuhalten und Entlassungen zu vermeiden.

Die Verlängerung der Bezugsdauer des Kurzarbeitergeldes von 6 auf 18 Monaten und die hälftige Entlastung der Arbeitgeber von den Sozialversicherungsbeiträgen für die Kurzarbeit haben sich als wichtige Stütze der Beschäftigung erwiesen. Allein bis zum jetzigen Zeitpunkt haben wir mit diesem Instrument mehrere Hunderttausend Entlassungen verhindern können. Doch es zeichnet sich ab, dass die Betriebe im Rahmen der bisherigen Regelung an die Grenze stoßen.

Da die wirtschaftliche Krise tiefgehender ist und länger dauern wird, bedarf es weiterer stabilisierender Maßnahmen auf dem Arbeitsmarkt, wie sie mit dem „Kurzarbeitergeld plus“ in der letzten Woche im Kabinett beschlossen worden sind.

Über die Grundzüge dieser Entscheidung habe ich bereits Ende April mit Dieter Hundt (BDA) und Michael Sommer (DGB) Einvernehmen erzielt. Ich freue mich, dass wir diese sozialpartnerschaftlich unterstützten Vorschläge jetzt zügig in die Tat umsetzen können.

Wenn wir die Prognosen schlagen wollen, dann müssen wir schnell sein und in der Krise agieren, statt später zu reagieren.

Wir machen den Unternehmen, die sich in den vergangenen Monaten für die Beschäftigungssicherung durch Kurzarbeit mit einem eigenen Beitrag ins Zeug gelegt haben oder das noch tun werden, das Angebot für ein „Kurzarbeitergeld plus“:

Zum einen habe ich eine Rechtsverordnung auf den Weg gebracht, mit der die maximale Bezugsdauer des Kurzarbeitergeldes auf 24 Monate verlängert wird, so dass schon jetzt Planungssicherheit herrscht.

Zum anderen werden wir diejenigen Unternehmen vollständig von den Sozialversicherungsbeiträgen entlasten, die über sechs Monate hinweg in ihrem Betrieb Kurzarbeit durchgeführt haben. Die Beiträge werden in den verbleibenden bis zu 18 Monaten Kurzarbeit dann voll von der Bundesagentur für Arbeit (BA) übernommen.

Dabei werden auch Zeiträume vor In-Kraft-Treten des "Kurzarbeitergeldes plus" berücksichtigt. Damit erleichtern wir die unternehmerische Entscheidung, über die Dauer der Krise hinweg an den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern festzuhalten. Diese Änderungen sollen am 18./19. Juni im Bundestag und am 10. Juli im Bundesrat beschlossen werden. Mit dem rückwirkenden Inkrafttreten der Regelung zum 1. Juli 2009 wird sichergestellt, dass für ab 1. Januar 2009 durchgeführte Kurzarbeit auch tatsächlich ab dem siebten Monat des Bezugs von Kurzarbeitergeld die mit der vollen Erstattung der Sozialversicherungsbeiträge angestrebte Entlastung der Arbeitgeber erfolgen kann.

Ungeachtet dieser Änderung besteht nach wie vor die Möglichkeit, bei Qualifizierung während der Kurzarbeit auch schon in den ersten sechs Monaten vollständig von den Sozialversicherungsbeiträgen befreit zu werden.

Grundsätzlich werden wir die Rahmenbedingungen der Kurzarbeit so gestalten, dass kurzfristig angenommene Aufträge und damit eine Unterbrechung der Kurzarbeit in einzelnen Betriebsteilen nach der Bearbeitung des Auftrages keine neuerliche Beantragung notwendig machen, solange der Bewilligungszeitraum noch läuft.

Wir stellen sicher, dass übernommene Auszubildende und befristet Beschäftigte bei Anschlussverträgen direkt in Kurzarbeit gehen können, wenn sie in einem Betriebsteil arbeiten, für den Kurzarbeit beantragt worden ist. Damit ermöglichen wir den Unternehmen,

sich mit Fachkräften für die Zeit nach der Krise zu rüsten. Das soll ein Anreiz sein, Auszubildende zu übernehmen.

Aber wir dürfen auch bei den Ausbildungsbemühungen nicht nachlassen. Die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge soll auf einem hohen Niveau gesichert werden, gerade auch im Krisenjahr 2009. Ich will, dass wir auch in diesem Jahr wieder über 600.000 Ausbildungsplätze zusammenbekommen.

Die Botschaft der Kabinettsbeschlüsse vom letzten Mittwoch ist eindeutig: Wer sich anstrengt, um mit Sozialpartnerschaft durch die Krise zu kommen, wer an seinen Beschäftigten festhält, wer Auszubildenden eine Chance gibt – dem helfen wir noch stärker als bisher. Das übergeordnete Ziel in dieser Krise lautet: Die Arbeit sichern!

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in blue ink, consisting of a stylized 'M' followed by a series of loops and a horizontal line.